

# SED-Zukunftsvisionen ab 1959: Kuba und »das Morgenrot des neuen Lebens in Amerika«<sup>1</sup>

## Ostdeutsche Außenpolitik in unbekanntem Gefilde

### *Sozialistische Allianz mit einem Revolutionär ohne Ideologie*<sup>2</sup>

Ebenso wie für die Sowjetunion war für die DDR der lateinamerikanische Kontinent bis 1959 eine *Terra incognita*, die bis zu diesem Zeitpunkt stillschweigend der Domäne Washingtons überlassen worden war. Überhaupt konnte sich die ostdeutsche Führung erst Mitte der 1950er-Jahre aus dem Schatten Moskaus lösen und eine etwas eigenständigere Außenpolitik »in engen Grenzen«<sup>3</sup> betreiben. Im Zusammenhang damit stand, dass der Kreml sie als Reaktion auf die Westintegration der Bundesrepublik nun stärker in den sozialistischen Ostblock integrierte. Nach den Jahren fruchtloser Vorstöße vollzog Ulbricht außerdem eine Kehrtwende in seiner Wiedervereinigungspolitik und konzentrierte sich seitdem auf die Anerkennung der DDR als souveränen Staat. In Bonn und bei Bundeskanzler Konrad Adenauer stieß die vom Kreml seit 1955 offiziell vertretene »Zwei-Staaten-Theorie« allerdings auf vehementen Widerstand.<sup>4</sup> Weil die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik nicht aus dem Willen der Gesamtbevölkerung hervorgegangen sei, so die

- 1 Zitat von Nikita Chruschtschows aus: Kuba ist das Morgenrot des neuen Lebens in Amerika, in: NZ vom 24.5.1962, S. 2.
- 2 Vgl. hierzu folgendes Zitat: »Castros Cuba. Das Leben eines Revolutionärs ohne Revolution und eines Ideologen ohne Theorie, der seit einem Vierteljahrhundert Turbulenzen in die politische Großwetterlage bringt – erzählt vor dem Hintergrund eines Landes ohne Traditionen und Institutionen, wo Politik, Magie und Religion immer eng beieinander lagen.« Zit. nach Hugh: Castro Cuba, Buchcover.
- 3 Vgl. den Titel: Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen.
- 4 Vgl. zur Abkehr Ulbrichts von der Wiedervereinigungspolitik, der Westintegration der Bundesrepublik und der Ostintegration der DDR Wentker, Außenpolitik, S. 91–97, 122–28. – Horst Pötsch: Deutsche Geschichte von 1945 bis zur Gegenwart. Die Entwicklung der beiden deutschen Staaten und das vereinte Deutschland. München 2009, S. 112–118 (künftig zitiert: Pötsch, Deutsche Geschichte).

Argumentation Bonns, könne sie auch kein Recht ableiten, das deutsche Volk im Ausland zu vertreten. Als einzig legitime Repräsentantin Deutschlands müsse die Bundesrepublik deswegen dafür Sorge tragen, dass die innerdeutsche Teilung nicht durch eine diplomatische Aufwertung der »Ostzone« weiter vorangetrieben werde. Zu diesem Zweck verabschiedete das Bundeskanzleramt 1955 eine politische Leitlinie, mit der die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Ostdeutschland unterbunden werden sollte. Ihre Kernessenz, zusammengefasst in der sogenannten Hallstein-Doktrin, bildete die Androhung, die völkerrechtliche Anerkennung der »Ostzone« mit dem Abbruch sowohl diplomatischer wie wirtschaftlicher Beziehungen zu sanktionieren.<sup>5</sup> Damit standen sich der westdeutsche Alleinvertretungs- und der ostdeutsche Souveränitätsanspruch diametral entgegen. »Kein anderes außenpolitisches Ziel«, so Werner Kilian, habe die DDR »so hartnäckig zu erreichen versucht wie ihre internationale Anerkennung. Sie war zum Fixpunkt, ja zur fixen Idee ihres außenpolitischen Handelns geworden.«<sup>6</sup> Am Ende der 1950er-Jahre mündete sie in einen erbitterten Kampf gegen die Bonner »Verhinderungspolitik«<sup>7</sup> sowie in eine fieberhafte Suche nach Bündnispartnern besonders unter den Ländern der sogenannten Dritten Welt, von denen sich viele gerade vom Joch des Kolonialismus zu befreien begannen.<sup>8</sup> Als Guerilla-Kämpfer im Januar 1959 Kubas langjährigen Diktator Fulgencio Batista in die Flucht schlugen und sich ein politischer Umbruch auf der Insel abzuzeichnen begann, wurde folglich auch Lateinamerika zum Rekrutierungsfeld der SED-Strategen.<sup>9</sup>

5 Schon vor der Reise Adenauers in die Sowjetunion 1955 hatten seine Berater sich mit der Frage auseinandergesetzt, wie eine Anerkennung der DDR vermieden werden könnte. In Moskau hatte die Bundesregierung jedoch im Gegenzug zu Entlassung der letzten deutschen Kriegsgefangenen der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zugestimmt, sodass in der Sowjetunion nun zwei deutsche Botschaften existierten. Um einer ähnlichen Entwicklung zukünftig vorzubeugen, entwickelte der außenpolitische Beraterstab um Adenauer daraufhin ein Konzept, das die stufenweise Sanktionierung von zwischenstaatlichen Beziehungen vorsah. Die Bezeichnung »Hallstein-Doktrin« suggeriert fälschlicherweise, Staatssekretär Walter Hallstein sei der alleinige Autor der Doktrin gewesen. 1957 wurde sie im Fall Jugoslawiens das erste Mal angewandt, zu dem die Bundesregierung allerdings nur ihre diplomatischen, aber nicht die wirtschaftlichen Beziehungen abbrach. Die SED wies infolgedessen andere Drittstaaten immer wieder darauf hin, dass »das Beispiel Jugoslawien zeige, daß ihnen nicht viel passieren könne, wenn sie auch mit ihr Botschafter austauschten«. Zit. nach Kilian, Hallstein-Doktrin, S. 369.

6 Ebd., S. 358. – Vgl. Dirk Hoffman: Von Ulbricht zu Honecker. Die Geschichte der DDR 1949–1989, S. 52–54 (= Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert, Bd. 15), Berlin 2013 (künftig zitiert: Hoffmann, Die Geschichte der DDR). – Vgl. Wentker, Außenpolitik, S. 170–172.

7 Kilian, Hallstein-Doktrin, S. 30.

8 Vgl. Muth, DDR-Außenpolitik, S. 31.

9 Vgl. Emmerling, DDR und Chile, S. 41. – Vgl. zu den Ereignissen des Jahres 1959 auf Kuba auch: Skierka, Fidel Castro, S. 79–92. – Vgl. Rhode, Fidel Castro, S. 168–192.

Unklar blieb einige Jahre indes, in welche politische Richtung sich Revolutionsführer Fidel Castro Ruz entwickeln würde. Ein Marxist-Leninist war er im Gegensatz zu Ernesto »Che« Guevara, der anderen Ikone des kubanischen Freiheitskampfes, definitiv nicht.<sup>10</sup> Lange Zeit, auch bis weit in die 1960er-Jahre hinein, wirkte sein Weltbild diffus und orientierte sich eher an den nationalistischen Ideen des kubanischen Freiheitskämpfers José Martí.<sup>11</sup> Auch Nikita Chruschtschow, 1959 amtierender Ministerpräsident der Sowjetunion und Parteichef der KPdSU, bekannte später in seinen Memoiren, er habe zum Zeitpunkt des Einmarsches der Rebellen in Havanna keine Vorstellung davon gehabt, in welche Richtung sich Kuba entwickeln würde: »Wir wußten, daß einzelne Kommunisten an der von Castro geführten Bewegung teilnahmen, aber die kommunistische Partei Kubas hatte keinen Kontakt zu ihm.«<sup>12</sup> Ein ernsthaftes Hindernis, mit der Revolutionsführung Tuchfühlung zu gehen, stellte dieser Umstand indessen nicht dar: In Konkurrenz *und* in Friedlicher Koexistenz, lautete seit Mitte der 1950er-Jahre der neue sowjetische Tenor, sollten kapitalistische und sozialistische Systeme nebeneinander bestehen können.<sup>13</sup> Im

10 Vgl. zu Fidel Castros politischem Werdegang Ignacio Ramonet: Fidel Castro. Biografía a dos voces. Edición ampliada y revisada, Barcelona 2008, S. 18 (künftig zitiert: Ramonet, Fidel Castro). – Vgl. Zeuske, Kleine Geschichte Kubas, S. 178.

11 José Martí (1853–1895), der Nationalheld Kubas, war ein kubanischer Dichter und Poet, der in die USA emigrierte und von dort den Freiheitskampf der Insel gegen die Spanier organisierte. Grundsätzlich trat Martí als Humanist und Anti-Imperialist in Erscheinung, der – trotz seines Aufenthalts in den Vereinigten Staaten – schon früh vor einer Vorherrschaft Nordamerikas warnte. 1895, gerade aus den USA nach Kuba zurückgekehrt, starb er im Unabhängigkeitskampf gegen die Spanier. Vgl. hierzu Zeuske, Kleine Geschichte, S. 136f. – Vgl. hierzu Alfred J. López: José Martí and the Future of Cuban Nationalisms, Gainesville 2006. – Ders.: José Martí: A Revolutionary Life, Austin 2014. – Zeuske, Kleine Geschichte, S.176–179. – Vgl. Ernst F. Fūrnratt-Kloep: Unsere Herren seid Ihr nicht. Das politische Denken des Fidel Castro. 2., unveränderte Auflage, Köln 2002, S. 44, 55–57. – Lévesque: The USSR and the Cuban Revolution, S. xix. – Vgl. Pavlov, Soviet-Cuban Alliance, S. 2.

12 Talbott, Strobe (Hrsg.): Chruschtschow erinnert sich. Die authentischen Memoiren, Reinbek bei Hamburg 1992, S. 455 (künftig zitiert: Strobe, Chruschtschow). – In der Fachliteratur werden häufig die Begriffe »reluctance«, »circumspect«, »restraint« und »cautiousness« benutzt, um die Haltung der Sowjetunion während der Anfangsjahre der kubanischen Revolution gegenüber Castro zu beschreiben. Vgl. hierzu Robert F. Quirk: Fidel Castro, New York u. a. 1993, S. 385 (künftig zitiert: Quirk, Fidel Castro, 1993). – Peter Bourne: Castro. A Biography of Fidel Castro, London 1987, S. 229 (künftig zitiert: Bourne, Castro). – Pavlov, Soviet-Cuban Alliance, S. 8. – Lévesque, The USSR and the Cuban Revolution, S. 31. – Fursenko/Naftali, »One hell of a gamble«, S. 34.

13 Der Begriff der Friedlichen Koexistenz stammt aus den 1920er-Jahren, als man in Moskau erkannte, dass sich die Weltrevolution nicht so schnell wie gedacht verbreiten und kapitalistische und sozialistische Systeme noch eine Zeitlang nebeneinander bestehen würden. Erst in den 1950er-Jahren, maßgeblich auf dem XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956, wurde er inhaltlich genauer definiert und löste Stalins Doktrin von der Unvermeidbarkeit eines Krieges ab.

Winter 1960 hatte die Internationale Konferenz der Kommunistischen und Arbeiterpartei außerdem in Moskau beschlossen, den jungen Nationalstaaten der sogenannten Dritten Welt zukünftig einen größeren ideologischen Spielraum zu gewähren. Seitdem mussten sie sich nicht mehr sofort für oder gegen das sozialistische Gesellschaftssystem oder den Westen entscheiden, sondern durften offiziell einen Mittel- bzw. dritten Weg einschlagen, der als Grundlage für eine Beziehung zum sozialistischen Lager und zur Sowjetunion bereits ausreichte. Moskau verschaffte sich damit also einen größeren Handlungsspielraum gegenüber allen Ländern, die ideologisch anfangs schwankten. Abgesehen davon gingen sowjetische Theoretiker davon aus, dass der Sozialismus langfristig als Sieger aus dem Systemwettbewerb der Blockkonfrontation hervorgehen werde.<sup>14</sup> Kuba, nach diesen Maßstäben ein »Staat der nationalen Demokratie« und in einem Übergangsstadium befindlich, konnte demzufolge vorerst nur revolutionär und nicht-sozialistisch bleiben, ohne auf die Hilfe aus Moskau verzichten zu müssen. Der unklare Charakter der Revolution passte sogar gut zu Chruschtschows Bedürfnis, die fragile Windstille zwischen der Sowjetunion und den USA nicht zu gefährden. Vermutlich aus diesem Grund wurde die Aufnahme diplomatischer Beziehungen im Mai 1960 von der Presse nur am Rande erwähnt und gar nicht erst groß in Szene gesetzt.<sup>15</sup>

Angesichts der Gefahren, die das atomare Zeitalter mit sich brachte, galt die Friedliche Koexistenz unterschiedlicher Gesellschaftssysteme jetzt mehr denn je als unabdingbar. Nicht mehr kriegerische Kampfhandlungen, sondern der wirtschaftliche Wettbewerb sollte den Konkurrenzkampf der Wirtschaftssysteme befeuern. Auf ideologischem Feld ging er demnach weiter, da der Begriff keinesfalls eine Aufgabe der weltrevolutionären Zielsetzungen implizierte, sondern lediglich als eine Art Vorbereitungsphase und neue Taktik aufgefasst wurde. Vgl. hierzu Daniela Spenser: Die Kubakrise 1962 und ihre Folgen für das kubanisch-sowjetische Verhältnis (künftig zitiert: Spenser, Die Kubakrise), in: Bernd Greiner (Hrsg.): Krisen im Kalten Krieg, Hamburg 2008, S. 197–320, hier S. 299 (künftig zitiert: Greiner u. a., Krisen). – Gaddis, Der Kalte Krieg, S. 92. – Vgl. Manfred Görtemaker: Zwang zur Koexistenz in den fünfziger Jahren, in: Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), URL: <https://www.bpb.de/izpb/10334/zwang-zur-koexistenz-in-den-fuenfziger-jahren?p=all> (12.6.2010) (künftig zitiert: Görtemaker, Zwang zur Koexistenz).

14 Vgl. Lévesque, *The USSR and the Cuban Revolution*, S. 54–67. – Vgl. Furtak, *Die kubanisch-sowjetische Partnerschaft*, S. 8.

15 Allerdings verhielt sich nicht nur Chruschtschow vorsichtig. Auch Castro lehnte einen vorschnellen Schulterschluss mit Moskau anfangs ab. In Gesprächen mit Agenten und Vertretern der Sowjetunion wies er immer wieder darauf hin, dass sein Land – tief katholisch und tendenziell anti-kommunistisch geprägt – erst ausreichend indoktriniert werden müsse, um eine offizielle Liaison mit dem Kreml »verkräften« zu können. Hinzu kam seine chronische Furcht vor einer Intervention Washingtons, das sich durch eine zu schnelle Annäherung Kubas an das sozialistische Lager sicherlich provoziert fühlen würde. Alle Kontakte zu sowjetischen Politikern wurden in den ersten Monaten der Revolution deswegen unter strikter Umgehung

Letztlich bewegte sich Castro während der Folgemonate dann doch sehr viel schneller auf das sozialistische Lager zu, als vom Kreml geplant oder vorgesehen. Maßgeblich trug dazu der Einfluss der kubanischen Kommunisten des Partido Socialista Popular (PSP; Sozialistische Volkspartei) bei. Raúl Castro und »Che« Guevara, die dem PSP schon länger angehörten bzw. ideologisch nahestanden, fungierten dabei als Verbindungsmänner und bereiteten seit Jahresmitte 1959 ein Parteienbündnis mit Fidels Bewegung, dem Movimiento 26 de Julio (M-26-7; Bewegung des 26. Juli), vor.<sup>16</sup> Im Spätsommer 1960 schlossen sich beide Parteien infolgedessen mit dem sogenannten Directorio Revolucionario Estudiantil (DRE; Revolutionäres Studentisches Direktorium) zu den Organizaciones Revolucionarias Integradas (ORI; Integrierte Revolutionäre Organisationen) zusammen. Ursprünglich vorgesehen war zwar, dass sich in dieser neu entstandenen Dachorganisation alle drei Gruppen Posten und Verantwortung teilten. Tatsächlich gewann jedoch schon bald der PSP die Oberhand, denn nur er verfügte zu diesem Zeitpunkt über eine fest ausgebaute Organisationsstruktur. Strategischen Einfluss erhielt er außerdem mit den Posten, die Fidel Castro an seine Mitglieder verteilte. Seinen Bruder Raúl kürte er beispielsweise zum Oberbefehlshaber der militärischen Streitkräfte; Guevara wiederum leitete zuerst die kubanische Staatsbank und seit 1961 das Industrieministerium, während Osvaldo Dorticós Torrado, ebenfalls langjähriges PSP-Mitglied, seit Sommer 1959 das Amt des Regierungspräsidenten bekleidete.<sup>17</sup>

der Öffentlichkeit, zumeist über geheimdienstliche Kanäle und mithilfe der kubanischen Kommunisten, hergestellt. Vgl. hierzu: Fursenko/Naftali, »One hell of a gamble«, S. 4.

16 Bezüglich Che Guevara erwähnte ein hochrangiges Mitglied des PSP, Castro stehe der Partei nahe, sei aber kein Mitglied. Vgl. hierzu PA AA (Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes), MfAA, A, Akte 3150, 11.10.1960, Aktenvermerk über eine Besprechung mit dem Leiter der Abteilung Internationale Verbindungen im ZK der SVP. – Lévesque, *The USSR and the Cuban Revolution*, S. XIX. – Vgl. Fursenko/Naftali, »One hell of a gamble«, S. 14.

17 Nach dem Einmarsch der Rebellen in Havanna hatte die erste Revolutionsregierung unter José Miró Cardona den Kongress sowie alle bis dahin existierenden Parteien aufgelöst. Zugehört waren danach nur noch das M-26-7, der PSP und der DRE. Letzterer bestand aus einer verhältnismäßig kleinen Gruppe Linksintellektueller, die sich am Sturz der Moncada-Kaserne und am Kampf gegen Batista beteiligt hatte. Mit der Fusion dieser drei Parteien – wobei nur der PSP wirklich als solche zu bezeichnen ist – hatte Castro eine einheitliche Dachorganisation geschaffen, unterhalb derer die drei Einzelparteien zunächst verhältnismäßig selbstständig agieren konnten. Castros Widerstreben, sofort eine kommunistische Partei zu gründen, geht vermutlich auf den Widerstand aus den Reihen seiner eigenen Partei zurück, die eine Zusammenarbeit mit den Kommunisten ablehnten. Die ORI waren deswegen nur als Übergangsregelung gedacht, denen die Gründung einer kommunistischen Partei nachfolgen sollte. – Vgl. hierzu Zeuske, *Kleine Geschichte*, S. 185–193.

Zu Castros pro-kommunistischer Partei- und Personalpolitik kam seit dem Frühjahr 1959 eine Welle an Reformen mit tendenziell sozialistischem Charakter.<sup>18</sup> Den Anfang machte im März ein Gesetz zur Senkung der Mietkosten, der Medikamentenpreise und der Beschlagnehmung des Eigentums des geflohenen Diktators. Am Jahresende hob die Revolutionsführung den Mindestlohn an, führte eine allgemeine Preiskontrolle ein und substituierte viele der aus den USA importierten Güter. Seit Mai 1960 richteten sich die Maßnahmen dann explizit gegen US-amerikanisches Eigentum, die Washington mehrmals mit der Androhung einer Invasion zu unterbinden suchte.<sup>19</sup> Für rund eineinhalb Jahrzehnte blieb das Ping-Pong-Spiel zwischen Havanna und Washington das gleiche, denn auf eine Aktion der einen folgte eine Reaktion der anderen Seite. Im Frühjahr 1960 zwang Castro beispielsweise britische und amerikanische Raffinerien, aus der Sowjetunion importiertes Öl zu verarbeiten. Weil sie sich weigerten, enteignete er kurzerhand die entsprechenden Firmen. Die USA, bislang Hauptabnehmer kubanischen Zuckers, stoppten daraufhin ihre Zuckerimporte, was Havanna wiederum mit der Enteignung amerikanischer Telefonkonzerne, Eisenbahngesellschaften und Zuckerproduzenten beantwortete.<sup>20</sup> Als das Weiße Haus am 19. Oktober 1960 ein umfassendes Wirtschaftsembargo über Kuba verhängte und die Revolutionsführung daraufhin allen noch übrig gebliebenen US-Besitz verstaatlichte, fielen die Würfel: Am 3. Januar 1961 brach Präsident John F. Kennedy die diplomatischen Beziehungen der USA zu Havanna ab, womit eine Wiederannäherung zwischen den beiden Nachbarn in die weite Ferne des 21. Jahrhunderts rückte.<sup>21</sup>

Gleichzeitig waren Moskau und das sozialistische Lager immer näher an Kuba gerückt. In einem Wirtschaftsabkommen vom Februar 1960 hatte sich die Sowjetunion dazu verpflichtet, Kuba während der nächsten Jahre ein Fünftel seiner Zuckerexporte abzukaufen, zu einem Preis, der weit über den aktuellen Weltmarktpreisen lag. Darüber hinaus sagte sie sowohl umfangreiche Rohöllieferungen als auch großzügige Kredite für Maschinen, Material und wissenschaftlich-technische Hilfe zu.<sup>22</sup> Am Jahresende 1960 schloss sich schließlich eine Reihe weiterer Ostblockländer an, die ebenfalls begannen, der Insel ihre Zuckerkontingente abzukaufen, Kredite zu vergeben und Spezialisten und Fachkräfte nach Übersee zu entsenden. Nach und nach substituierten die UdSSR bzw. der Ostblock also immer mehr die Breschen, die die amerikanischen Wirtschaftssanktionen in das kubanische Wirtschaftsleben

18 Vgl. Pavlov, *Soviet-Cuban Alliance*, S. 9. – Cheng, *Sino-Soviet relations*, S. 92.

19 Vgl. Rhode, *Fidel Castro*, S. 155–157, 171.

20 Vgl. Fursenko/Naftali, »One hell of a gamble«, S. 40f.

21 Vgl. Rhode, *Fidel Castro*, S. 174. – Zeuske, *Kleine Geschichte*, S. 187–189.

22 Vgl. Lévesque, *The USSR and the Cuban Revolution*, S. 14–16. – Pavlov, *Soviet-Cuban Alliance*, S. 13–17. – Vgl. Rhode, *Fidel Castro*, S. 170.

hineinschlugen.<sup>23</sup> Als Kennedy im April 1961 den Startschuss zu einer bereits seit Langem geplanten Invasion gab und Kuba in der Schweinebucht angriff, nutzte Castro daher die Gunst der Stunde. Noch inmitten des amerikanischen Angriffs – und kurz vor dem fulminanten Sieg der Kubaner – erklärte er der Weltöffentlichkeit am 16. April, dass die Insel von jetzt ab den sozialistischen Entwicklungsweg einschlagen werde.<sup>24</sup> Damit signalisierte er Washington, dass Kuba von nun an militärisch durch die Sowjetunion protegiert war. Schlussendlich kompromittierte er dadurch aber auch den Kreml, der sich jetzt nur noch schlecht aus seiner Verantwortung für den Inselstaat stehlen konnte, der sich freiwillig unter die Fittiche der Sowjetunion begeben hatte.<sup>25</sup> Chruschtschow in persona gab später gegenüber Kennedy zu, dass er Castro anfangs keineswegs für einen überzeugten Kommunisten gehalten habe. US-amerikanische Sanktionen und das Schreckgespenst einer Invasion hätten den Revolutionsführer jedoch in den sicheren Hafen Moskaus gedrängt.<sup>26</sup> Im Dezember des gleichen Jahres erklärte sich dieser sogar noch selbst zum Marxisten-Leninisten und die ORI zu einer marxistisch-leninistischen Partei.<sup>27</sup>

### *SED-interne Rezeption und Perzeption der Entwicklungen auf Kuba*

In den ersten drei Jahren der *revolución cubana* war es für die SED bis auf einige wenige Ausnahmen kaum möglich, bis ins Herz der Revolutionsführung vorzudringen. Wie der Kreml konnte auch das Politbüro in Ost-Berlin Kontakte nach Havanna anfangs nur zum PSP herstellen, wobei dieser im August 1960 noch darum

23 Vgl. Rhode, Fidel Castro, S. 170.

24 Der Invasionsplan war bereits unter Kennedys Vorgänger, Dwight D. Eisenhower, entstanden. Von der CIA trainierte Exilkubaner sollten den Angriff auf Kuba in der Nähe der Schweinebucht (*bahía de cochinos*) durchführen, nach ihrem Sieg eine provisorische Regierung bilden und dann offiziell um militärische Hilfe aus Washington bitten. Eisenhowers bzw. Kennedys Strategie ging allerdings nicht auf, zum einen, weil Castro schnell reagiert und die gegnerischen Truppen schon am zweiten Tag der Invasion eingekesselt hatte. Zum anderen verhielt sich das Militär gegenüber Castro loyal. Am 19. April endete der Invasionsversuch daher mit einer desaströsen Niederlage für die USA und J. F. Kennedy. – Vgl. hierzu Norbert Fuentes: Die Autobiografie des Fidel Castro, München 2006, S. 729. – Howard Jones: The Bay of Pigs, New York 2008.

25 Vgl. Fursenko/Naftali: »One hell of a gamble«, S. 60–62.

26 Jüngere Forschungsergebnisse legen nahe, dass Chruschtschow bereits Ende des Jahres 1959 schon sehr viel mehr zu geben bereit war, als Castro es für klug hielt zu akzeptieren. Sie widerlegen die bislang gängige Vorstellung von Castro als Bittsteller vor den Toren des Kremls. – Vgl. hierzu Fursenko/Naftali, »One hell of a gamble«, S. 34. – Vgl. Kempe, Berlin 1961, S. 285.

27 Vgl. hierzu Quirk, Fidel Castro, 1993, S. 395.



bat, »äußerst vorsichtig«<sup>28</sup> vorzugehen, da »Unvorsichtigkeit nur feindlichen Kräften nutzen, uns gemeinsam und unserer weiteren Zusammenarbeit jedoch lediglich schaden kann«<sup>29</sup>. Treffen zwischen SED- und PSP-Mitgliedern sollten aus diesem Grund nicht in der kubanischen Parteizentrale oder vor den Augen der Öffentlichkeit, sondern in den Räumlichkeiten der Parteizeitschrift »Hoy« stattfinden. Trotz dieser Vorsichtsmaßnahmen begann der Meinungsaustausch schnell zu florieren. Vor allem Generalsekretär Francisco Blas Roca und das Politbüromitglied Carlos Rafael Rodríguez erwiesen sich von Beginn an als zuverlässige Bindeglieder, deren Berichte über die innerkubanischen Entwicklungen anfangs noch weitestgehend positiv ausfielen. Im Hinblick auf Fidel Castro lobte Blas Roca beispielsweise besonders dessen aggressiven Antiamerikanismus und seine anti-bourgeoise Orientierung.<sup>30</sup> Für den PSP stand zwar fest, dass auf Kuba keine – oder noch keine – sozialistische Revolution, sondern lediglich eine »fortschrittliche Volksrevolution«<sup>31</sup> mit demokratischen und antiimperialistischen Zügen stattfinde.<sup>32</sup> Trotzdem bescheinigte er dem Rebellenführer eine konstante Orientierung an linken Zielen.<sup>33</sup> Kritisch wurden Blas Roca und Rodríguez indes während der zweiten Jahreshälfte, als die Reformen in Havanna in einen linksradikalen Aktionismus abzudriften drohten. Verstärkt monierten sie seitdem Castros Nationalisierungs- und Enteignungswelle, die eine Kooperation mit der bürgerlichen Mittelschicht praktisch unmöglich gemacht hatte.<sup>34</sup> Die landesweite Beschlagnahme von Kleinunternehmen und Fabriken, so Rodríguez, schüre lediglich die Ängste des Kleinbürgertums und mache es für die

28 PA AA, MfAA, A, Akte 3150, 13.8.1960, Aktenvermerk über eine Besprechung zwischen dem Leiter der Abteilung für Internationale Verbindungen im ZK der SVP, Ramón Calcines, und Dieter Kulitzka am 9.8.1960.

29 Ebd.

30 Siehe BArch (Bundesarchiv), DY 30, Akte IV 2/20/139, 26.4.1960, Vermerk über ein Gespräch mit dem Generalsekretär der Sozialistischen Volkspartei Kubas, Blas Roca, am 12.4.1960, S. 1 f.

31 Ebd.

32 Vgl. ebd. Lediglich »Che« Guevara schien von dieser Kategorisierung ausgenommen zu sein. Der Leiter der Abteilung für Internationale Verbindungen des PSP sah den Argentinier als einen »allseitig gebildeten Mensch[en],« der die Lehren des Marxismus-Leninismus bereits intensiv studiert habe. Allerdings – und hier überlappten sich die kubanischen mit den sowjetischen und ostdeutschen Analysen der Folgejahre – habe er einige »Charakterschwächen,« die sich unter anderem in einem »zu starken Druck nach links« äußerten. Zit. nach PA AA, MfAA, A, Akte A 3150, 11.10.1960, Aktenvermerk über eine Besprechung mit dem Leiter der Abteilung Internationale Verbindungen im ZK der SVP.

33 Siehe BArch, DY30, Akte IV 2/20/139, 26.4.1960, Vermerk über ein Gespräch mit dem Generalsekretär der Sozialistischen Volkspartei Kubas, Blas Roca, am 12.4.1960, S. 2.

34 Siehe BArch, DY 30, Akte J IV 2/2/3647, 23.11.1960, Probleme der innen- und wirtschaftspolitischen Lage Kubas (Bericht des Kollegen Kulitzka auf der Grundlage einer Information von Carlos Rafael Rodríguez) vom 25.10.1960.



Parolen der Konterrevolution empfänglich. Überhaupt rückten sowohl die revolutionäre Wirtschaftspolitik als auch der Aufbau des neuen Staatsapparats zunehmend ins Kreuzfeuer ihrer Kritik. Zu schnell, zu radikal, in »Partisanenmanier« und mit zu »ungenauen[n] Perspektiven«<sup>35</sup> schritt Castro nach ihrem Geschmack voran, sodass sie sich veranlasst sahen zu handeln. Es gehe nicht darum, sich in den Vorder- oder Mittelgrund zu drängen, erklärte Blas Roca. Aber die Partei müsse als ideologischer Motor der Umgestaltungsprozesse fungieren, der den Kurs der Reformen und Castro neu justiere;<sup>36</sup> die Voraussetzungen waren seit der Gründung der ORI im Spätsommer 1960 schließlich denkbar günstig.

In Ost-Berlin verließ sich die SED anfangs völlig auf die Analysen der moskautreuen Schwesterpartei, auch wenn sie selbst den Verlauf der Revolution etwas positiver bewertete. Grundsätzlich wurden aber sowohl die Rezeption als auch die Perzeption der *revolución cubana* vom PSP offensichtlich stark beeinflusst, der als einziges Bindeglied den Informationsfluss aus Havanna kontrollierte. Wie aus verschiedenen Quellen ersichtlich, adaptierte die SED-Führung die Standpunkte ihrer »Genossen« bis einschließlich 1962 mehr oder minder unhinterfragt. Nachdem sich die anfängliche Euphorie innerhalb des Politbüros allmählich gelegt hatte, wurde der Máximo Líder vor allem im Licht seiner kleinbürgerlichen Herkunft betrachtet, dessen politische Unerfahrenheit durch die sozialistische Weitsicht des PSP kompensiert worden war. Mehrfach priesen ihre Informationsberichte und Analysen der SED daher die »richtige und kluge Arbeit«<sup>37</sup> ihrer Schwesterpartei, die die Karibikinsel »auf den Weg des Marxismus-Leninismus«<sup>38</sup> führte. Als Castro im April 1961 den sozialistischen Charakter seiner Revolution erklärte, rechnete sie fest damit, dass die Insel – vom PSP geleitet – nun unwiederbringlich dem Osten zutrieb.<sup>39</sup> Allerdings stellte sich schon bald danach heraus, dass Kuba nicht mehr nur Konfliktpunkt geostrategischer Interessenskonflikte zwischen den USA und der UdSSR war. Auch zwischen der Sowjetunion und China begann Anfang der 1960er-Jahre allmählich ein ideologisches Tauziehen um das sich rötlich färbende Eiland im Atlantik.<sup>40</sup>

35 Vgl. ebd.

36 Vgl. ebd. – Vgl. hierzu auch BArch, DY 30, Akte IV 2/20/49, Dokument vermutlich aus der zweiten Jahreshälfte 1960, Blas Roca: Bericht über den Charakter der kubanischen Revolution. – BArch, DY 30, Akte IV 2/20/143, 22.10.1961, Information über Mitteilungen der kubanischen Regierungsdelegation zur Entwicklung in der Republik Kuba, S. 2.

37 BArch, DY 30, Akte IV 2/2/142, 30.10.1961, Kurzinformationen zu Kuba aus der Abteilung Internationale Verbindungen.

38 BArch, DY 30, Akte IV 2/20/146, Dokument vermutlich vom Jahresbeginn 1962, Informationen über Kuba, S. 1.

39 Vgl. ebd.

40 Vgl. hierzu den Buchtitel von Hans Gert Schubert: Rote Insel im Atlantik. Unterwegs zwischen Havanna und Santiago de Cuba, Berlin 1978.

## Rot-China und der Perzeptionswandel im Zuge der Raketenkrise

### *Das sino-sowjetische Schisma auf Kuba*

Spannungen zwischen beiden Ländern entstanden, als Chruschtschow im Februar 1956 mit der Politik seines Vorgängers brach. Den XX. Parteitag der KPdSU hatte der neue Generalsekretär zum Anlass genommen, öffentlich mit dem Personenkult um Joseph Stalin und seinem Unfehlbarkeitsanspruch abzurechnen.<sup>41</sup> Mao Zedong, der zu seinem Ärger von den Plänen des Kremls nicht unterrichtet worden war, konnte diese Kehrtwende nicht nachvollziehen. Entschieden wehrte er sich gegen diese angeblich wahllose Verdammung stalinistischer Errungenschaften.<sup>42</sup> Zudem warf er Chruschtschow vor, mit seiner Friedlichen Koexistenz den internationalen Kampf des Proletariats und die kleineren Länder der »Dritten Welt« zu vernachlässigen.<sup>43</sup> Seit Ende der 1950er-Jahre begann die chinesische Führung infolgedessen, sich von der ideologischen Suprematie des Kremls loszulösen.<sup>44</sup> Maos »Großer Sprung nach vorn«, mit dem Rot-China das sozialistische Stadium überspringen und den Kommunismus einführen wollte, demonstrierte der Weltöffentlichkeit 1957 Pekings Abkehr von Moskau; Anfang der 1960er-Jahre, als der ideologische Schlagabtausch zwischen sowjetischen und chinesischen Delegationen immer grotesker wurde, erfolgte letztlich der Bruch.<sup>45</sup>

Mit Blick auf Kuba stellte sich Chruschtschows Befürchtung, Festland-China könne in der Karibik Fuß fassen, als nicht ganz unbegründet heraus. Ein offenes Geheimnis war es zumindest, dass vor allem »Che« Guevara und Fidel Castro Peking in einigen wichtigen ideologischen Punkten sehr viel näherstanden als dem Kreml. Im Gegensatz zu Moskau teilten sie mit Mao beispielsweise die Überzeugung, dass in nur wenig industrialisierten Staaten die Bauernschaft bzw. die ländliche Bevölkerung zur Ausgangsbasis einer revolutionären Umgestaltung werden müsse.<sup>46</sup> Ebenso

41 Vgl. Görtemaker, Zwang zur Koexistenz.

42 Vgl. Quiang Zhai: Coexistence and Confrontation: Sino-Soviet Relations after Stalin (künftig zitiert: Zhai, Coexistence and Confrontation), in: Klaus Larres/Kenneth Osgood (Hrsg.): The Cold War after Stalin's death: a missed opportunity?, Plymouth 2006, S. 177–192, hier S. 180.

43 Vgl. Westad, The global War, S. 160.

44 Vgl. Q. Zhai: Coexistence and Confrontation, S. 179.

45 Vgl. hierzu Odd Arne Westad: Der Kalte Krieg. Eine Weltgeschichte. 2. Auflage, London 2020, S. 272–277 (künftig zitiert: Westad, Der Kalte Krieg).

46 Victor Figueroa Clark hält fest, schon während der 1920er-Jahre habe der Sowjet-Kommunismus seine eurozentristische Interpretation des Marxismus-Leninismus auf Lateinamerika zu übertragen versucht. Sie habe in der irrtümlichen Annahme bestanden, Lateinamerika

favorisierte besonders »Che« Guevara ein Wirtschaftssystem, dessen Wachstum nicht, wie in der Sowjetunion, auf materiellen Stimuli und Entlohnung einzelner Individuen basierte, sondern ausschließlich auf einer kollektiven und freiwilligen Aufopferung der Bevölkerung für ihren Staat. Schlussendlich plädierten sowohl die Revolutions- als auch die chinesische Führung offen für die Perpetuierung des anti-imperialistischen Freiheitskampfes der sogenannten Dritten Welt gegen ihre ehemaligen Kolonialmächte. Alles andere, also vor allem Chruschtschows Friedliche Koexistenz, galt als Verrat an der Revolution, Desinteresse an den unterentwickelten Ländern Afrikas, Amerikas und Asiens und als Vernachlässigung marxistisch-leninistischer Pflichten.<sup>47</sup>

Obwohl Castro und »Che« Guevara noch bis Anfang 1963 versuchten, sich nach außen neutral zu geben, verunsicherte ihre pro-chinesische Orientierung Chruschtschow natürlich.<sup>48</sup> Hinzu kam, dass Havanna und Peking schon im September 1960 diplomatische Beziehungen aufnahmen und China schnell zum zweitgrößten Wirtschaftspartner der Insel avancierte.<sup>49</sup> Zudem spielte der PSP von vornherein ein undurchsichtiges Doppelspiel, unterhielt seit 1959 zu beiden sozialistischen Großmächten intensive Kontakte und entsandte regelmäßig führende Parteimitglieder nach Peking.<sup>50</sup> In diesem Zusammenhang schien vor allem der PSP-Kader Anibal

sei eine größtenteils semi-feudale Gesellschaft, die der europäischen nur einige wenige Jahrzehnte hinterherhinke. Übersehen worden sei zum einen, dass die lateinamerikanische Bauernschaft von neo-kolonialistischen Strukturen geprägt war, die in einigen Ländern mit großen Plantagen wie etwa Kuba so etwas wie ein bäuerliches Proletariat hervorgebracht hatten. Zum anderen sei die lateinamerikanische Bourgeoisie zumeist nicht zu einem Bündnis mit revolutionär-linken Kräften bereit gewesen. Beide Annahmen demonstrierten die Unkenntnis der sowjetischen Komintern-Agenten, die ihre für Europa entwickelten Theorien immer wieder auf Lateinamerika zu übertragen versucht hatten. – Siehe Viktor Figueroa Clark: *Latin American Communism*, in: Norman Naimark u. a. (Hrsg): *The Socialist Camp and World Power 1941–1960s* (= *The Cambridge History of Communism*, Vol. II), Cambridge 2017, S. 388–413, hier S. 394–396.

47 Michael Zeuske betont, der Kurs Kubas habe darin bestanden, »zwischen der Sowjetunion und China zu vermitteln bzw. beide sozialistischen Großmächte gegeneinander auszuspielen, was Castro und Guevara zeitweilig den Ruf von Maoisten einbrachte«. Zit. nach Zeuske, *Kleine Geschichte*, S. 192. – Vgl. auch Cheng, *Sino-Soviet relations*, S. 100. – Vgl. Skierka, *Fidel Castro*, S. 203–220. – Gerd Koenen: *Traumpfade der Weltrevolution. Das Guevara-Projekt*, Köln 2008, S. 287–311 (künftig zitiert: Koenen, *Traumpfade*). – Robert K. Furtak: *Kuba und der Weltkommunismus*, Köln u. a. 1967, S. 127–136 (künftig zitiert: Furtak, *Kuba und der Weltkommunismus*).

48 PA AA, MfAA, A, Akte 3363, 9.8.1963, Vertrauliches Dokument. Zur Einheitspartei der Sozialistischen Revolution Kubas. – Vgl. Cheng, *Sino-Soviet relations*, S. 99.

49 Vgl. Cheng, *Sino-Soviet relations*, S. 95, 98. – Leiken, *Soviet Strategy*, S. 45. – Rhode, *Fidel Castro*, S. 206.

50 Die Kontakte waren sehr viel enger, als von der Forschung ursprünglich angenommen.

Escalante eine zentrale Rolle zu spielen.<sup>51</sup> Von seinen übrigen »Genossen« wurde er als orthodoxer Marxist-Leninist wahrgenommen, der unermüdlich die ORI auf alt-stalinistische – und damit sich an Peking orientierende – Werte einzuschwören versuchte. Um seinen Gerichtsprozess, den Castro im März 1962 wegen angeblichen »Sektierertums« gegen ihn einleitete, ranken sich immer noch eine Vielzahl von Hypothesen.<sup>52</sup> Durchaus plausibel ist die Annahme, dass er aus der Partei ausgeschlossen und zu einer Art Bauernopfer wurde, um den Kreml zu beruhigen. Dafür spricht, dass die sowjetische Tageszeitung »Pravda« Escalante noch zuvor offen des Pakts mit China bezichtigt hatte. Überdies gab Chruschtschow just nach Beendigung des Prozesses seine bisherige Zurückhaltung in der Öffentlichkeit auf und wies in der Presse das erste Mal explizit auf den sozialistischen Charakter der Revolution und die Zugehörigkeit der Insel zum sozialistischen Lager hin.<sup>53</sup>

Kurzzeitig schien im Frühjahr die chinesische Frage also vom Tisch zu sein. Im Herbst 1962 ging der Kreml schließlich noch einen Schritt weiter und begann, auf Kuba Raketensprengköpfe zu installieren, die jetzt die amerikanische Ostküste erreichen konnten. Im Oktober stand die Welt kurz vor einem Nuklearkrieg, als Kennedy am 24. einen maritimen Blockadering um die Insel errichten ließ und ein US-Militärschiff am 27. Oktober ein sowjetisches U-Boot mit Atomsprengköpfen zum Auftauchen zwang, während kubanische Streitkräfte auf amerikanische Aufklärungsflugzeuge schossen. Kurz bevor die Situation eskalierte, fanden die Staatschefs in Moskau und Washington jedoch zu einem Kompromiss: Chruschtschow sagte

Allerdings liegen zu den sino-kubanischen Beziehungen keine umfangreicheren Studien vor. Der Großteil der bis dato vorliegenden Forschungsliteratur datiert aus den 1960er- sowie frühen 1970er-Jahren und basiert vor allem auf offiziellen Regierungserklärungen, aus denen kein valides Bild über die Kontakte zwischen Havanna und Peking gewonnen werden kann. Yinghong Cheng bezieht in seinem Aufsatz erstmalig auch die Memoiren hochrangiger chinesischer Diplomaten und chinesischer Journalisten in seine Untersuchungen mit ein. – Vgl. hierzu Cheng, *Sino-Soviet relations*, S. 79.

51 Vgl. ebd., S. 87. – Vgl. Quirk, *Fidel Castro*, 1993, S. 390.

52 Neuere Forschungen gehen unter anderem davon aus, dass er sich selbst und der traditionellen Garde an Altstalinisten Schlüsselpositionen zugeschanzt hatte. Diskutiert wird außerdem, ob eine persönliche Rivalität zwischen Castro und Escalante für seinen Ausschluss aus den ORI verantwortlich war. – Vgl. hierzu Furtak, *Die kubanisch-sowjetische Partnerschaft*, S. 8.

53 Vgl. Lévesque, *The USSR and the Cuban Revolution*, S. 37, 37, 58f. – Auch Peter Bourne bezeichnet die Affäre um Escalante als ausschlaggebenden Punkt, ohne sie jedoch in Zusammenhang mit dem sino-sowjetischen Schisma zu stellen: »The purge in Havana generated an immediate response in Moscow. Khrushchev could now point to his protégé, Fidel, as clearly in charge, and could ignore those who had argued that the Soviet Union's obligation remained with Blas Roca and Escalante. The procedural problems that had been used to exclude Cuba from the Socialist club were suddenly resolved with astonishing ease.« Zit. nach S. Bourne: *Castro*, S. 236. – Vgl. hierzu auch Furtak, *Kuba und der Weltkommunismus*, S. 88–96.

zu, die sowjetischen Raketensprengköpfe aus der Karibik abzuziehen, wofür Kennedy im Gegenzug auf eine Invasion Kubas verzichtete. Erst im Nachhinein wurde bekannt, dass die Beilegung der Krise Washington sehr viel mehr gekostet hatte, als offiziell zugegeben wurde, und dass die USA auch ihre in Italien und der Türkei stationierten Raketen abziehen mussten.<sup>54</sup> Auf Kuba gesiegt hatten allerdings weder Kennedy noch der sowjetische Generalsekretär. Nachhaltig gestört waren danach nämlich nicht mehr nur die amerikanisch-kubanischen, sondern auch die sowjetisch-kubanischen Beziehungen. »Der Abzug der Waffen«, so viel stand bald fest, »entschärfte die weltpolitische Krise, aber er hinterließ tiefe Narben im kubanisch-sowjetischen Verhältnis.«<sup>55</sup> Aus diesem Krisenmoment der Geschichte zog die Revolutionsführung darum drei Rückschlüsse, die ihr Verhalten während der folgenden Jahre nachhaltig prägten: Erstens, dass die Sicherheit Kubas im Notfall den Interessen der Sowjetunion untergeordnet und die Insel nur ein Spielball von Großmachtinteressen war; zweitens, dass sich die Insel nur auf sich selbst verlassen durfte, und drittens, dass Chinas vehemente Ablehnung der Friedlichen Koexistenz ideologisch durchaus gerechtfertigt war.<sup>56</sup> Im Herbst 1962 zeichnete sich damit der bis zum Ende des Jahrzehnts schwelende Grundkonflikt zwischen Havanna und Moskau ab. Denn während Castro Moskau weiterhin konsequent misstraute, blieb Rot-China für die Sowjetunion bis Mitte der 1960er-Jahre ein permanenter Unsicherheitsfaktor, der ihren Einfluss auf Kuba zu destabilisieren drohte.<sup>57</sup>

54 Vgl. zur Kubakrise Rolf Steininger: Die Kubakrise 1962. Dreizehn Tage am atomaren Abgrund, München 2011. – Jonathan Colman: The Cuban Missile Crisis, Edinburgh 2016. – Bernd Greiner: Die Kuba-Krise. Die Welt an der Schwelle zum Atomkrieg. München 2010. – Vgl. Christof Münger, Kennedy. – Dimitrij Filippowich/Matthias Uhl (Hrsg.): Vor dem Abgrund: Die Streitkräfte der USA und der UdSSR sowie ihrer deutschen Bündnispartner in der Kubakrise (= VfS, Sondernummer), München 2005 (künftig zitiert: Filippowich/Uhl, Vor dem Abgrund). – Melvyn S. Leffler: For the Soul of Mankind. The United States, the Soviet Union, and the Cold War, New York 2007, S. 151–164 (künftig zitiert: Leffler, For the Soul of Mankind).

55 Spenser, Die Kubakrise, S. 319.

56 Anfang November, also unmittelbar nach der Beilegung der Krise, hatte die chinesische Botschaft in Havanna Solidaritätskundgebungen organisiert und Kubas Mitspracherecht bei Konflikten, in die es involviert war, gefordert. – Vgl. hierzu ebd., S. 316.

57 Vgl. hierzu auch Kurt R. Spillmann: Die Kubakrise von 1962: Geschichtliche, politische und strategische Hintergründe (= Züricher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung, Nr. 3), Zürich 1987, S. 17. – Koenen, Traumpfade, S. 283–286. – Skierka, Fidel Castro, S. 174–191. – Bernd Greiner: Die Kuba-Krise. Die Welt an der Schwelle zum Atomkrieg, München 2010.

### *Loyalitätsbeweis für den Krenl*

Auf die positive Wahrnehmung der kubanischen Revolution innerhalb der SED hatten das sino-sowjetische Schisma und die Beziehungen des PSP zu China erst einmal keine Auswirkung. Im Gegensatz zu Moskau war das Verhältnis zwischen Ost-Berlin und Peking Anfang der 1960er-Jahre sogar eher noch harmonisch, da Chinas alt-stalinistischer Kurs Ulbrichts ideologischem Standpunkt zu diesem Zeitpunkt mehr entsprach als der neue Sowjetkurs Chruschtschows.<sup>58</sup> Abgesehen von seinen wirtschaftlichen Interessen an China fürchtete Ulbricht auch eine Annäherung Pekings an die Bundesrepublik sowie eine Destabilisierung des sozialistischen Lagers infolge des Schismas.<sup>59</sup> Von daher vermied die SED zunächst eine größere Konfrontation mit dem Reich der Mitte und versuchte bis Jahresende 1962, außenpolitisch neutral oder versöhnend aufzutreten.<sup>60</sup> Erst, als die Chinesen im Januar 1963 ihren VI. Parteitag und ihre ideologische Linie zu torpedieren begannen, bezog das Politbüro offiziell Stellung gegen Peking.<sup>61</sup>

In den ostdeutsch-kubanischen Beziehungen spiegelte sich dieses ambivalente Verhältnis der SED zu Peking wider. Einige Bemerkungen der SED-Kader beweisen, dass die Anwesenheit der Chinesen in der Karibik anfangs durchaus nicht als problematisch empfunden wurde. Im Auftrag der SED verteilte der PSP beispiels-

58 Die in der älteren Forschungsliteratur gängige These, die ostdeutsch-chinesischen Beziehungen seien von vornherein von Moskau »fremdbestimmt« gewesen, ist von jüngeren Forschungsergebnissen mittlerweile revidiert worden. Harald Möller etwa spricht von »klammheimlichen Gemeinsamkeiten« zwischen Mao Tse-tung und dem ostdeutschen Staatschef, für die vermutlich ökonomische Interessen ausschlaggebend waren. Zit. nach Möller, *DDR und VR China*, S. 10.

59 1957 und 1958 rangierte die DDR auf Platz drei der Außenhandelspartner Pekings und rückte bis 1959 auf Platz zwei vor. – Vgl. hierzu Beda Erlinghagen: *Von Von ›wildgewordenem Kleinbürgertum‹ und ›Weltherrschaftsplänen‹. Die Volksrepublik China im Spiegel der DDR-Presse (1966–1976). Eine kritische Studie*, Köln 2009, S. 36 (künftig zitiert: Erlinghagen, *Von ›wildgewordenem Kleinbürgertum‹*). – Nicole Stuber: *Grundzüge der Beziehungen DDR-VR China 1956–1969* (künftig zitiert: Stuber, *Grundzüge*), in: Joachim Krüger (Hrsg.): *Beiträge zur Geschichte der Beziehungen der DDR und der VR China. Erinnerungen und Untersuchungen (= Berliner China-Studien, Bd. 41)*, Münster 2002, S. 113–144, hier S. 124–129 (künftig zitiert: Krüger, *Beiträge zur Geschichte*). – Vgl. Stuber, *Grundzüge*, S. 117 f., 135.

60 Vgl. ebd., S. 117 f., 119. – Erlinghagen: *Von Von ›wildgewordenem Kleinbürgertum‹*, S. 36. – Nicole Françoise Stuber-Berries: *East German China Policy in the face of the Sino-Soviet Conflict (= Thèse présentée à l'Université de Genève pour l'obtention du grade de Docteur en relations internationales)*, Genf 2004, S. 401–405 (künftig zitiert: Stuber-Berries, *East German China Policy*).

61 Vgl. Stuber, *Grundzüge*, S. 117 f., 119. – Erlinghagen: *Von ›wildgewordenem Kleinbürgertum‹*, S. 36.

weise 1960 ideologisches Propagandamaterial, und zwar sowohl über die DDR als auch die Volksrepublik China.<sup>62</sup> Im September des gleichen Jahres beglückwünschten ostdeutsche Funktionäre chinesische Diplomaten auf Kuba zum Jahrestag der Volksrepublik, während Pekings Botschaft anlässlich des Todes von Staatspräsident Wilhelm Pieck den SED-Kadern in Havanna ihre Beileidsbekundungen überbrachten.<sup>63</sup> Überdies gingen Funktionäre der Außereuropäischen Abteilung im Dezember 1961 noch davon aus, der gegenwärtige Stand der Beziehungen erforderte ein »einwandfrei freundschaftliches Verhalten«<sup>64</sup> gegenüber den Kollegen aus China: In den Tropen arbeiteten Ost-Berlin und Rot-China zunächst also eher miteinander als gegeneinander.

Radikal indessen veränderte sich die Position des SED-Politbüros im Nachgang der Oktoberkrise, als sich Ulbricht entweder für Moskau und seine Eskalationsstrategie oder für die kubanischen Revolutionäre und Mao Tse-Tung entscheiden musste, die das kleine Dritte-Welt-Land Kuba von Chruschtschow verraten sahen. Letztlich war die Wahl alternativlos, da das Verhältnis zum Kreml im Ernstfall wichtiger wog als die Beziehungen zu Kuba. Schon unmittelbar nach dem Konflikt erhoben sich folglich die ersten Stimmen, die Castros widerspenstige Haltung kritisierten. Als ungerechtfertigt bezeichneten sie seinen Vorwurf gegenüber Moskau, sich dem Imperialismus angebediert zu haben.<sup>65</sup> Die Hitzköpfigkeit und das Temperament der Kubaner, so ihre Analyse, bedeuteten einen latenten Unsicherheitsfaktor,

62 Vgl. BArch, DY 30, Akte J IV 2/2/3647, 23.11.1960, Probleme der innen- und wirtschaftspolitischen Lage Kubas (Bericht des Kollegen Kulitzka auf der Grundlage einer Information von Carlos Rafael Rodríguez) vom 25.10.1960.

63 Vgl. BArch, B 166, Akte 21533, 6.10.1960, Brief der westdeutschen Botschaft in Havanna an das Auswärtige Amt in Bonn.

64 PA AA, MfAA, A, Akte 3039, 4.12.1961, Aktenvermerk über eine Aussprache mit Günter Metzker, Attaché der Mission der DDR in der Republik Kuba. – Anlass war eine unbedeutende Auseinandersetzung um das Gebäude, in dem die ostdeutsche Mission zu diesem Zeitpunkt untergebracht und das ursprünglich von der Kuomintang-Botschaft erworben und eingerichtet worden war. Sowohl auf das Gebäude wie auch auf die Einrichtungsgegenstände erhob die chinesische Regierung nun Anspruch und bat die ostdeutschen Diplomaten, bei ihrem Auszug das Mobiliar intakt zu hinterlassen. Da der leitende Missionschef Karl Loesch trotz dieser Vorgaben Gegenstände aus dem Gebäude entfernt und damit offensichtlich Peking verärgert hatte, suchte man in der Außereuropäischen Abteilung nun im Gespräch mit einem Mitarbeiter der Mission in Havanna nach einer umfassenden Klärung der Umstände. Diese seien, so das Dokument, »ernst und keineswegs zu unterschätzen«. Man müsse unbedingt »die Möglichkeit einer evtl. politisch negativen Reaktion seitens der VR China ausschließen oder wenigstens einschränken«. Zit. nach ebd.

65 Vgl. PA AA, MfAA, A, Akte 3042, 8.11.1962, Information über die Haltung der Republik Kuba zu den Vorschlägen und Maßnahmen der UdSSR im Zusammenhang mit der sogenannten Kuba-Krise.



der in Konfliktsituationen schnell zu unvorhersehbaren Reaktionen führe und dann ihre immer wieder »leidenschaftlich zum Ausdruck gebrachte Kampfbereitschaft«<sup>66</sup> an die Oberfläche spüle.<sup>67</sup> Zusätzlich zu solch stereotypisierten Erklärungsmustern wurden seit Jahresende 1962 auch die strukturellen Defizite des kubanischen Staats- und Parteiapparats stärker wahrgenommen, für die nun vor allem der PSP verantwortlich gemacht wurde.<sup>68</sup> Nur eine grobe Fahrlässigkeit vonseiten seiner Parteiführung konnte nach Meinung der SED-Kader ein Phänomen wie den Aufstieg Aníbal Escalante und die Spaltung der Partei erklären.<sup>69</sup> Da machte es keinen Unterschied, dass die alt-stalinistischen Parteimitglieder vorher noch keineswegs als schädlich wahrgenommen worden waren. Zu Jahresbeginn 1963 hatten der PSP als Ganzes und insbesondere die chinesische Fraktion um Escalante ihre sakrosankten Stellungen verloren, als man registrierte, dass die ORI als Staatspartei »nicht nach marxistisch-leninistischen Prinzipien aufgebaut wird, sondern zu einem Instrument der Politik Castros geformt werden soll [...]. Die alten Genossen der ehemaligen SVP [Sozialistische Volkspartei = PSP] sind nicht in der Lage, die Entwicklung im marxistischen Sinne weiterzutreiben. Sie haben sich – dies muss einmal offen ausgesprochen werden – zu einem bequemen Anhängsel der Politik Fidels machen lassen.«<sup>70</sup>

Wie sich herausstellte, hatte die SED sowohl die Führungsstärke des PSP überschätzt als auch Comandante Castro unterschätzt, der sich von seinen kommunistischen Parteifreunden eben nicht zähmen ließ. Infolgedessen wurde der Revolutionsführer nicht mehr als ein ideologisch noch ungefestigter, aber zumindest moralisch integrierender Anti-Imperialist wahrgenommen. Bereits zu diesem Zeitpunkt galt er als ein äußerst eigenwillig agierender Sozialist, der mit dem Feuer und dem Wohlwollen der Sowjetunion spielte. Die Distanzierung der SED-Führung von Castro und dem PSP kann darum durchaus als eine Art Loyalitätsbeweis gegenüber dem Kreml inter-

66 Ebd.

67 Vgl. auch BArch, DY 30, Akte IV 2/20/262, Dokument vermutlich vom Jahresende 1964, Entwurf eines Berichts über die Reise der Delegation unter Leitung des Genossen Dr. Jarowinsky nach Kuba vom 21.10. bis 1.11.1964.

68 Vgl. PA AA, MfAA, A, Akte 3042, 8.11.1962, Information über die Haltung der Republik Kuba zu den Vorschlägen und Maßnahmen der UdSSR im Zusammenhang mit der sogenannten Kuba-Krise. – BArch, DY 30, Akte 2/20/34, S. 2–4, Dokument vermutlich vom Jahresbeginn 1963, Vereinigte Revolutionäre Organisationen Kubas. Informationsbericht der Abteilung für Internationale Verbindungen.

69 Vgl. PA AA, MfAA, A, Akte 3177, Dokument vermutlich vom September oder Oktober 1963, Monatsbericht des ADN-Korrespondenten Hermann Burkhard. – BArch, DY 30, Akte 2/20/34, Dokument vermutlich vom Jahresbeginn 1963, Vereinigte Revolutionäre Organisationen Kubas. Informationsbericht der Abteilung für Internationale Verbindungen, S. 1–4.

70 PA AA, MfAA, A, Akte 3177, Dokument vermutlich vom September oder Oktober 1963, Monatsbericht des ADN-Korrespondenten Hermann Burkhard.

pretiert werden. In notorischer Regelmäßigkeit repetierte sie in den nächsten Jahren die immer gleichen Kritikpunkte, die sich zum einen auf die mangelnde Loyalität der Kubaner gegenüber Moskau bezogen, wobei nicht so sehr die ideologischen Differenzen ins Gewicht fielen. Als sehr viel problematischer wurde zum anderen erachtet, dass sich Castro und »Che« Guevara nicht beherrschen konnten und ihren Dissens mit der Sowjetunion in der Öffentlichkeit austrugen. Zudem blieben Havannas ideologische Sympathien für Peking inakzeptabel, symbolisierten sie doch die Ablehnung des sowjetischen Führungsanspruchs. Und schließlich wurde der marxistisch-leninistische Staatsaufbau der Kubaner weiterhin von den SED-Dogmatiker angeprangert, die penetrant und konstant bis Anfang der 1970er-Jahre die unorthodoxe Parteidisziplin der Kubaner bemängelten: Im Zuge der Oktoberkrise entstand in der Parteizentrale in Ost-Berlin nicht zuletzt also die Überzeugung, korrigierend – und zivilisierend – auf die Sozialisten in der Karibik einwirken zu müssen.

## Kuba und Castro bis 1963 in der DDR-Presse

Zeitungsleser in der DDR merkten zu Jahresbeginn 1963 kaum etwas von den Spannungen zwischen Moskau, Havanna und Ost-Berlin.<sup>71</sup> In der Tagespresse figurierte der Máximo Líder vielmehr von Beginn an als würdiger Repräsentant aller anti-imperialistischen Freiheitskämpfe der sogenannten Dritten Welt, der die Theorie der Friedlichen Koexistenz in der Praxis bestätigte. In einer Zeit, »wo der Sozialismus im Weltmaßstab ständig an Einfluß gewinnt«<sup>72</sup>, erläuterte die »Berliner Zeitung« im Juli 1960, seien junge Nationalstaaten wie Kuba der unablässigen Hetze imperialistischer »Rufmordspezialisten«<sup>73</sup> ausgesetzt.<sup>74</sup> Nur die selbstlose Unterstützung und proletarische Solidarität der Sowjetunion garantierten die Existenz der revolutionären Insel, die sich in den Folgemonaten – wie vom Kreml vorhergesagt – dem Sozialismus

71 Quantitativ wurde die mediale Berichterstattung über Kuba bislang von Konstantin Prignitz ausgewertet, der insgesamt eine spärlichen Präsenz der Insel in den DDR-Medien feststellt. Die folgenden Ergebnisse basieren auf einer Analyse der drei Tageszeitungen »Neue Zeit« (NZ), »Berliner Zeitung« (BZ) und »Neues Deutschland« (ND), deren Artikel vollständig digitalisiert über die Staatsbibliothek in Berlin online einsehbar sind: URL: <http://zefys.staatsbibliothek-berlin.de>. Es ist ausdrücklich darauf hinzuweisen, dass sich die Auswertung der medialen Berichterstattung in der gesamten Arbeit nur auf die Berichterstattung der gedruckten Presse bezieht, da der Zugang zu den Film- und Tonbeständen nur sehr eingeschränkt möglich ist. – Vgl. hierzu Prignitz, *Mythos*, S. 56–67. – Vgl. Archie Brown: *Aufstieg und Fall des Kommunismus*, Berlin 2009, S. 367, 404.

72 Ein schmutziges System und eine saubere Aufgabe, in: BZ vom 12.7.1960, S. 3.

73 Ebd.

74 Vgl. hierzu auch Zusammenschluss im Feuer der Revolution, in: ND vom 23.5.1964, S. 7.

zuwandte.<sup>75</sup> »Es mag bitter für Kennedy sein«, urteilte das »Neue Deutschland« am 22. April 1961 kurz nach dem Beginn der US-Invasion in der Schweinbucht: »Aber das Beispiel Kuba beweist ein weiteres Mal die tiefe Wahrheit jener Worte, die in der Moskauer Erklärung der kommunistischen und Arbeiterparteien stehen [...] Der Sieg des kleinen kubanischen Volkes widerlegt erneut alle Behauptungen, daß die Völker gegen den so mächtig scheinenden Imperialismus nichts ausrichten können. Weil das sozialistische Lager hinter ihnen steht, siegten Kubas Arbeiter und Bauern, die einfachen Menschen.«<sup>76</sup>

Geflissentlich ignorierten die Zeitungsberichte alles, was in Ost-Berlin und im Kreml als nonkonform galt, und konzentrierten sich anstatt dessen auf Kubas Reformen, die der Insel eine rosige Zukunft versprachen.<sup>77</sup> Gleichzeitig achtete die SED-Führung darauf, die Revolution als rein »kubanisches Produkt« zu verkaufen und jeglichen Verdacht einer Einflussnahme des Kremls zu unterbinden. Chruschtschow selbst figurierte in allen ausführlicheren Zeitungsartikeln zwar als Patron des sozialistischen Lagers, der als solcher den anti-imperialistischen Freiheitskampf der kleinen Karibikinsel protegierte. Die Frage nach ihrer Zugehörigkeit zum Ostblock blieb allerdings auch in der SED-Tagespresse bis zum Frühjahr 1962 offen.<sup>78</sup> Anstatt einer

75 Vgl. ebd. – Hochrufe auf Kubas Freundschaft zur DDR, in: ND vom 13.10.1960, S. 5. – Der zweite Schritt in Kuba, in: BZ vom 13. Juni 1961, S. 5. – Vgl. hierzu auch Silvio Pons: *The Global Revolution. A History of International Communism 1917–1991*, Oxford 2014, S. 222 f., 228 (künftig zitiert: Pons, *The Global Revolution*). – Boris Meissner: *Die »Breshnew-Doktrin«. Das Prinzip des »proletarisch-sozialistischen Internationalismus« und die Theorie von den »verschiedenen Wegen zum Sozialismus«*, Köln 1969, S. 5 (künftig zitiert: Meissner, »Breshnew-Doktrin«).

76 Ein Glas Wasser, Herr Präsident!, in: ND vom 22.4.1961, S. 2.

77 Vgl. hierzu auch eine im »Neuen Deutschland« zitierte Rede Castros, in der darauf hinweist, dass die kubanische Revolution nie eine »Revolution der Bourgeoisie« gewesen sei: »Die kubanische Revolution war eine Revolution, die von den Arbeitern und Bauern für die Arbeiter und Bauern gemacht wurde.« Zit. nach Kuba verfolgt Politik der friedlichen Koexistenz, in: ND vom 30.1.1962, S. 5. – Vgl. außerdem folgende Zeitungsartikel und Dokumente: Kubas Freiheitskampf ist noch nicht beendet, in: ND vom 3.2.1959, S. 7. – Unsere Revolution ist sozialistisch, in: ND vom 3.5.1961, S. 1. – Kuba auf sozialistischem Weg, in: NZ, Nr. 102 vom 3.5.1961, S. 1. – Vgl. Der zweite Schritt in Kuba, in: BZ vom 13.6.1961, S. 5. – Castro kündigt Vereinigung der revolutionären Kräfte an, in: ND vom 28.7.1961, S. 7. – Einheit der Kräfte, in: BZ vom 29.7.1961, S. 5. – »Venceremos – wir werden siegen«, in: BZ, Nr. 271 vom 1.10.1961, S. 10. – Vgl. Zusammenschluss im Feuer der Revolution, in: ND vom 23.5.1964, S. 7.

78 Lediglich zwei kurze Artikel machen vorsichtige Andeutungen zum sowjet-kubanischen Verhältnis. Am 21. September 1961 berichtete das »Neue Deutschland« von der »Gemeinsamkeit der Ansichten UdSSR-Kuba«, die die führenden Vertreter beider Länder bei einer Freundschaftskundgebung in Moskau festgestellt hätten. Bis auf die gegenseitige Zusicherung einer weiteren »freundschaftlichen Zusammenarbeit« und dem Wunsch Moskaus, auch Fidel Castro möge der Sowjetunion einen Besuch abstatten, enthielt der Text jedoch keine weiteren

kompromittierenden Antwort vonseiten des Kremls oder des Politbüros zitierten die drei Tageszeitungen lieber Castro selbst, der bereits im Dezember 1961 zwischen Kapitalismus und Sozialismus keinen »dritten Weg«<sup>79</sup> und sowieso keine Alternative mehr sah, als »die Lehre des wissenschaftlichen Sozialismus in die Tat um[zusetzen]«. <sup>80</sup> Die Revolutionäre entschieden sich also völlig unabhängig von allen äußeren Einflüssen für ihren Weg zum Sozialismus, auf dem es kein Zurück mehr gab.<sup>81</sup> »Kuba ist wie ein Flugzeug,« erläuterte die »Berliner Zeitung« am 1. Januar 1962, es hat keinen Rückwärtsgang«<sup>82</sup>; Abweichungen bzw. ideologische Umwege existierten deswegen nicht. Infolgedessen wurden in der Presse weder die pro-chinesischen Sympathien der Revolutionsführung noch die engen Kontakte zwischen PSP und Peking erwähnt. Mehrere kurze Artikel vom Frühjahr und Sommer 1962 informierten zwar über die Machtkämpfe innerhalb der ORI sowie den Ausschluss Aníbal Escalantes und zitierten Castro, der zugab, »schwere, vereinzelte Fehler«<sup>83</sup> begangen zu haben.<sup>84</sup> Ebenso erwähnten sie, dass Escalante die Bildung einer Einheitspartei behindert habe, die sich auf die Theorie des Marxismus-Leninismus stützte und jegliche Form von »Opportunismus, von Dogmatismus und Revisionismus«<sup>85</sup> ablehne. Der Máximo Líder verfügte jedoch über ausreichend Selbstkritik und Reflexionsvermögen, um energisch auf diesen Missstand zu reagieren, sodass er nach Ausschaltung dieser Störfaktoren noch heller am Himmel des Ostblocks prangte: Endlich sei »Kuba, unser Jüngstes«<sup>86</sup>, Mitglied der sozialistischen Gemeinschaft geworden, feierte die »Berliner Zeitung« Ende April 1962 die Revolutionäre. Und die »Neue Zeit« zitierte jetzt auch Chruschtschow, der nach der Ausschaltung Escalantes endlich ebenfalls eine Lobeshymne auf »das Morgenrot des neuen Lebens in Amerika«<sup>87</sup> losließ.

verbindlichen Aussagen vonseiten Chruschtschows. Zit. nach Gemeinsamkeit der Ansichten UdSSR-Kuba, in: ND vom 21.9.1961, S. 7. – Vgl. auch Der Kompaß der Geschichte zeigt zu den lichten Höhen des Kommunismus, in: ND vom 22.10.1961, S. 5.

79 Kuba setzt Marx' Theorie in die Tat um, in: ND vom 4.12.1961, S. 2.

80 Ebd.

81 Vgl. Adelante, Kuba libre!, in: BZ vom 1.1.1962, S. 5.

82 Ebd.

83 Castro zu Fragen der Revolution, in: ND vom 30.3.1962, S. 5.

84 Dass mit den Begriffen »Dogmatismus« und »Sektierertum« Aníbal Escalante mehr oder minder explizit als Sympathisant oder Anhänger der chinesischen Kommunisten stigmatisiert wurde, thematisierten die entsprechenden Artikel jedoch nicht. – Vgl. hierzu Meissner: Die »Breshnew-Doktrin«, S. 23.

85 Der Weg zur Leninschen Partei in Kuba, in: NZ vom 14.6.1962, S. 7.

86 Kuba, unser Jüngstes, in: BZ vom 27.4.1962, S. 7.

87 Kuba ist das Morgenrot des neuen Lebens in Amerika, in: NZ vom 24.5.1962, S. 2.

In der SED-Presse folgte die Logik der sozialistischen Entwicklungen auf der Insel also den geschriebenen und ungeschriebenen Gesetzen des Kremls. Aus diesem Grund setzte sie nach der Oktoberkrise dann auch keinen öffentlichen Abgesang auf die Insel an; auch jetzt ignorierten die Tageszeitungen die Verstimmung zwischen Moskau und Havanna und propagierten ihre Beziehungen als Prototypus einer erfolgreichen Friedlichen Koexistenz. Schließlich ließ sich dem Zeitungsleser anhand Kuba beweisen, dass nicht nur Moskau immer und automatisch zum Magneten für alle nach Freiheit und Unabhängigkeit strebenden Völker der sogenannten Dritten Welt wurde: Neben dem Sowjetsozialismus würde zwangsläufig auch der DDR-Sozialismus magnetisch wirken. Denn gerade Ostdeutsche und Kubaner lebten in einer Art symbiotischer »Schicksalsgemeinschaft«<sup>88</sup>, aus der Erstere nur lernen konnten. Das Beispiel der kubanischen Revolution, so jedenfalls eine Reportage der »Berliner Zeitung« vom 27. April 1962, ermahne, »nicht aus den Augen zu verlieren, was unsere DDR wirklich schafft und darstellt. Wer bei uns oder anderswo noch nicht begreift, warum wir stolz sind, DDR-Bürger zu sein – in Kuba würde ihm das klar.«<sup>89</sup>

Damit erfüllte die Berichterstattung zwischen 1959 und 1963 vor allem zwei Funktionen. Erstens ermöglichte sie es, den realpolitischen Anforderungen ostdeutscher Außenpolitik gerecht zu werden, indem sie in Endlosschleife ihre Laudatio auf den Erfolg der Friedlichen Koexistenz sang. Und zweitens betrieb sie Werbung für Castro, dessen Reputation das Politbüro ganz konkret für seinen Kampf gegen die Hallstein-Doktrin instrumentalisieren konnte.

88 Kuba, unser Jüngstes, in: BZ vom 27.4.1962, S. 7.

89 Ebd.